



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

RECHTSEXTREMISMUS IN POLEN

■ ANALYSE	
Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen	2
Rafał Pankowski, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski – NOP)	
Programmatische Grundsätze	7
Artikel 13 der Verfassung der Republik Polen	8
■ STATISTIK	
Hasskriminalität	8
■ UMFRAGE	
Allgemeine politische Einstellungen	
Haltung zu nichttraditionellen Partnerschaften	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 3. bis zum 16. September 2013	12

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen

Rafał Pankowski, Warschau

Zusammenfassung

In der politischen Realität Polens gibt es keine deutlichen Demarkationslinien zwischen der extremen Rechten, der populistischen Rechten und dem rechten politischen *mainstream*. Die Idee, die extreme Rechte mit Quarantäne zu belegen, ist in der polnischen Politik und Medienwelt nicht verbreitet. Im Grunde lassen sich viele Bereiche feststellen, die die rechtsextremen Milieus und die Parteien des *mainstream* in ideologischer und organisatorischer Hinsicht verbinden. Diese fehlende Unterscheidung erschwert die Untersuchung des Rechtsextremismus ebenso wie praktische Gegenmaßnahmen gegen rechtsextreme Gruppen und Ideologien in Polen. Es besteht kein Zweifel, dass die Wirkung nationalistischer Ideen weit mehr als ein Randphänomen des politischen Spektrums darstellt.

In den 1990er Jahren haben rechtsextreme Gruppen generell betrachtet eine Randposition im politischen Leben Polens eingenommen. In den darauffolgenden Jahren wuchs ihr Einfluss jedoch deutlich. In den Jahren 2006/2007 bekamen rechtsextreme Gruppierungen über die Regierungskoalition, die von rechtspopulistischen Parteien gebildet wurde, direkten Zugang zum politischen *mainstream* der polnischen Politik. Viele Mitglieder rechtsextremer Gruppen und rassistischer Skinhead-Subkulturen erhielten in dieser Zeit eine Zuwendung in Form von hohen Posten in staatlichen Institutionen. Diese ungewöhnliche Situation endete mit den Parlamentswahlen 2007, allerdings bewahrte die extreme Rechte in einigen kulturellen und organisatorischen Bereichen wichtige Einflussmöglichkeiten.

Die Hauptgruppierungen der extremen Rechten heute

Im Jahr 2013 verfügt die extreme Rechte nicht mehr über eine eigene politische Repräsentation in Gestalt einer parlamentarischen Partei. Bis zu den Parlamentswahlen im Herbst 2007 waren dies die *Liga der polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) und, bis zu einem gewissen Grad, die Partei *Selbstverteidigung* (*Samoobrona*). Heute haben allerdings die aktuellen rechtspopulistischen Hauptparteien *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und *Solidarisches Polen* (*Solidarna Polska – SP*) deutlich sichtbar einen Teil der Ideologie und des Personals der nationalistischen Bewegungen absorbiert.

Das *National-Radikale Lager* (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*) ist gegenwärtig die rechtsextremistische Organisation, die am stärksten auf der Straße und unter Jugendlichen aktiv ist. Ihr Name stammt aus dem Jahr 1934, als unter seinem Schild eine radikal antisemitische Bewegung entstand. Zwar war sie nach einigen Monaten für illegal erklärt worden, in zwei miteinander

konkurrierende Fraktionen gespalten setzte sie aber noch einige Jahre ihre Tätigkeit in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre fort. Beide Teile des *ONR* führten eine Kampagne gegen Juden, Sozialisten und Demokraten.

Das heutige *ONR* entstand als eine lose Organisation, die vor allem rassistische Skinheads vereinigte und Anfang der 2000er Jahre in einigen Städten im Süden Polens aktiv war. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde es eine landesweite Jugendbewegung, bekannt für die Organisation provokanter Aufmärsche, bei denen Uniformen im faschistischen Stil und der faschistische Gruß eingesetzt wurden. *ONR* bedient sich auch eines Symbols, das an das Hakenkreuz erinnert, und zwar des »Arms mit einem Schwert«, auch als »Falanga« bekannt. Eine der Abteilungen des *ONR*, in Brieg (Brzeg), wurde im Jahr 2009 vom Kreisgericht für illegal erklärt, aber die anderen Abteilungen, sogenannte Brigaden, wirken ohne Einschränkung weiter.

Seit einigen Jahren organisiert das *ONR* am Unabhängigkeitstag (11. November 1918) Aufmärsche in Warschau. Zunächst nahmen einige Hundert Personen, vor allem rassistische Skinheads teil, die antisemitische Parolen skandierten. Seit dem Jahr 2010 steigt aber die Teilnehmerzahl deutlich aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen nationalistischen und rechten Organisationen, die sich unter dem Schild der »Vereinigung Marsch der Unabhängigkeit« (*Stowarzyszenie Marsz Niepodległości*) versammeln. 2012 waren es bereits 30.000 Personen, darunter viele Fans der Fußballvereine aus ganz Polen. Es kam dabei zu Gewaltakten der Teilnehmer gegenüber Polizisten und Journalisten.

Die *Allpolnische Jugend* (*Młodzież Wszechpolska – MW*) gehört zu den Hauptverbündeten von *ONR*, die sich bei der Organisation der genannten Aufmärsche engagieren. Ähnlich wie *ONR* schöpft auch *MW* aus der Tradition einer extrem nationalistischen Organisation gleichen Namens, die in der Zwischenkriegszeit

aktiv war. Damals war die *MW* für zahlreiche Angriffe auf jüdische Studenten verantwortlich gewesen. Reaktiviert wurde sie von Roman Giertych im Dezember 1989, kurz darauf wurde sie die Jugendorganisation der ebenfalls reaktivierten *Nationalen Partei (Stronnictwo Narodowe – SN)* und ab 2001 der *LPR*.

Die wieder ins Leben gerufene *MW* versammelte viele Skinheads, die sich häufig in Gewalt gegenüber politischen Gegnern flüchteten. Ihre Internetseiten und Publikationen zogen voller Stolz antisemitische Erklärungen von Wegbereitern aus der Zwischenkriegszeit heran. Die Kultur des Antisemitismus war auch in den 2000er Jahren in den Reihen der *MW* präsent. Antisemitische Publikationen wie »Der internationale Jude« von Henry Ford wurde von der *MW* für die Ausbildung ihrer Mitglieder eingesetzt. *MW* organisierte außerdem Konzerte von Gruppen unter dem Logo der *White Power*, beispielsweise der antisemitischen Band *Twierdza*, die für Skinheads spielte. Auch wurden Codes, die für die Subkultur der Skinheads charakteristisch sind, in den Reihen der Organisation verbreitet. Die Kampftruppen der *MW* strebten nach physischer Übermacht im öffentlichen Raum, gegenüber Gegnern und Angehörigen von Minderheiten wurde Gewalt eingesetzt. In den Jahren 2006/2007 erhielt die *MW* dank der Zusammenarbeit mit der *LPR* vorübergehend Zugang zum politischen *mainstream*, so dass einige ihrer Mitglieder für hohe Regierungsposten nominiert wurden. Insbesondere wurde der Gründer der *MW* und Parteivorsitzende der *LPR* als Minister für nationale Bildung und stellvertretender Ministerpräsident berufen, was zahlreiche Proteste in der Bevölkerung hervorrief.

Mit der Wahlniederlage der *LPR*, die 2007 1,3 Prozent der Stimmen erhielt und in die Bedeutungslosigkeit versank, verlor auch die *MW* ihren Hauptkanal zum *mainstream* und ihre frühere Präsenz. Mit Hilfe der regelmäßigen Organisation von Aufmärschen gemeinsam mit der radikaleren *ONR* kehrte die *MW* jedoch zu einer größeren Aktivität zurück. Die Führer von *MW* und *ONR* gaben die Entstehung einer neuen nationalistischen Formation, der *Nationalen Bewegung (Ruch Narodowy – RN)* bekannt, die sich an der ungarischen rechtsextremen Partei *Jobbik* orientiert. Der Gründungskongress von *RN* fand im Juni 2013 statt. Einer der Vorsitzenden wurde Artur Zawisza, ein ehemaliger Abgeordneter von *PiS*.

Die *Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski – NOP)* ist der Hauptkonkurrent der neu entstandenen *RN* auf der rechtsextremen Bühne. Auch sie beansprucht für sich das Recht, die Tradition der *ONR* der Vorkriegszeit fortzusetzen. Seit 1994 ist *NOP* als Partei registriert. In den 1990er Jahren war *NOP* sicherlich die dynamischste rechtsextreme Organisa-

tion im Land. Sie erhielt minimale Unterstützung in den Wahlen (zum Beispiel 0,06 Prozent bei den Parlamentswahlen im Jahr 2005), drückte aber einer ganzen Generation der rechtsextremen Subkultur ihren Stempel auf.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre durchlief *NOP* eine gewaltige Radikalisierung und erlangte trotz ihres legalen Parteienstatus den Ruf, eine der extremsten nationalistischen und neofaschistischen Gruppen in ganz Europa zu sein. In dieser Zeit infiltrierte *NOP* mit Erfolg die Skinheadszenen und ermutigte diese, politische Gegner zu attackieren. *NOP* gewann einige Hundert Aktivisten im ganzen Land, vor allem Männer, die zu den Neonazis der Skinheadszenen gehören. Die Mehrheit ihrer Aktivisten war zwischen 20 und 30 Jahre alt, unter ihnen waren sowohl Arbeiter als auch Studenten. *NOP* rekrutierte ihre Anhänger oft in den Fußballstadien, unter Ausnutzung der antisemitischen Kultur, die seit Beginn der 1990er Jahre in vielen polnischen Stadien herrscht. Rivalisierende Gruppen von Hooligans bezeichnen die Anhänger der gegnerischen Fußballklubs als »Juden«, worin für sie die größtmögliche Beleidigung besteht.

Das programmatische Hauptziel von *NOP* ist die »nationale Revolution«, wobei die Formulierung durchaus die Anwendung von Gewalt auf dem Weg zur Macht suggeriert. Als paramilitärische, mit der *NOP* verbundene Jugendorganisation entstanden die *Polnischen Scharen (Hufce Polskie)*. Nach einer programmatischen Verlautbarung von *NOP* »wird die Nationale Revolution auf gewaltsame Weise stattfinden – auch mit Blutvergießen muss gerechnet werden«. Angekündigt wurde, dass die Aktivitäten von politischen Organisationen verboten würden, die als »antinational« beurteilt werden, das heißt solcher, die die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union und der NATO unterstützen. Eine Eigenschaft der Ideologie von *NOP* ist ihr radikaler Antisemitismus, der von Adam Gmurczyk, führender Kopf von *NOP*, offen ausgesprochen wurde. »Europa war Groß, war Christlich, weil es antisemitisch war. [...] Antisemitismus ist diejenige Tugend, die wir besonders aufmerksam pflegen müssen. Denn Antisemitismus ist der (vom Postmodernismus) unbefleckte Glaube, Antisemitismus ist Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, Antisemitismus ist die Liebe zur Schönheit der Welt, Antisemitismus, das ist die Treue gegenüber Grundsätzen und Tradition.« *NOP* tat sich auch mit besonderem Engagement bei der Leugnung des Holocaust hervor. Sie veröffentlichte und verbreitete einige Bücher, die die Ideologie des sogenannten historischen Revisionismus vermitteln. Der wichtigste Experte der *NOP* in Sachen Revisionismus des Holocaust wurde Bartłomiej Zborski, ein polnischer Übersetzer und Förderer von Büchern des Autors David Irving. Außerdem publiziert er antisemitische

Texte in den Parteiorganen. Zborski sicherte sich auch die Kontrolle über die Autorenrechte für viele polnische Ausgaben der Bücher von George Orwell und zieht daraus großen Nutzen.

Als offiziell registrierte Partei erfreut sich *NOP* des Schutzes staatlicher Institutionen, wie es im Parteiengesetz formuliert ist. Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft haben wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, *NOP* zu verbieten. *NOP* verfügt über die am stärksten ausgebauten Auslandsverbindungen unter allen polnischen rechtsextremen Gruppierungen und wurde als polnische Sektion der *Internationalen Dritten Position (International Third Position – ITP)*, schließlich als *Europäische Nationale Front (European National Front – ENF)* bekannt, eines internationalen Bündnisses europäischer neofaschistischer Organisationen. Deren Führer ist Roberto Fiore, der Gründer der italienischen Organisation *Forza Nuova* und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments. *NOP* organisierte internationale ideologische und paramilitärische Schulungen für Mitgliedergruppen der *ITP/ENF*, an denen u. a. Mitglieder der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)* teilnahmen. Ein Vertreter der *NPD* brachte seine Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass »sich zum ersten Mal seit 1936 polnische und deutsche Nationalisten wieder an einen Tisch setzen«. Er fügte hinzu, dass »beide Seiten während des Zweiten Weltkrieges viele Fehler begangen haben« und setzte damit Täter und Opfer gleich. Nachdem diese Zusammenarbeit in dem Magazin *Nigdy Więcej* (dt.: Nie Wieder) enthüllt worden war, das sich speziell dem Problem des Rassismus in Polen und seiner Bekämpfung widmet, hat die Glaubwürdigkeit der *NOP* in nationalistischen Kreisen deutlich gelitten. Kurz darauf kam es zum Konflikt mit der *NPD* über Fragen wie die Zugehörigkeit ehemals deutscher Gebiete zu Polen, was sogar zu einem Bruch in den Reihen der *ENF* führte.

Piotr Farfał, ehemaliger Aktivist der *NOP* und Herausgeber der *Front*, einer primitiven rassistischen Schrift für Skinheads, wurde führender Aktivist von *MW* und *LPR* und im Jahr 2006 Vizevorsitzender des *Polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP)*. Seine Nominierung rief Empörung hervor, jedoch hielt er seinen Posten und wurde im Dezember 2008 sogar Vorsitzender des *TVP* (bis September 2009).

ONR, *MW* und *NOP* unterstreichen ihre Verbundenheit mit einer fundamentalistischen Interpretation des Katholizismus. Elemente des Katholizismus tauchen in den Ideologien der Mehrheit der Gruppierungen der polnischen extremen Rechten auf. Dessen ungeachtet besteht gleichzeitig auch eine neuheidnische Strömung, wobei dieser eine deutlich geringere Popularität zukommt. Repräsentiert wird sie von der *Vereinigung für*

Tradition und Kultur Niklot (Stowarzyszenie na rzecz Tradycji i Kultury Niklot) sowie einigen anderen, kleineren Organisationen, die die Tradition von *Zadruga* fortsetzen, einer kleinen Gruppe polnischer extremer Nationalisten, die in den 1930er Jahren aktiv war. Die Ideologie von *Zadruga* war sogar vor dem Hintergrund der spezifischen Standards der radikalen nationalistischen Gruppierungen jener Zeit extrem. Ihre antichristliche Haltung verknüpfte sie mit Antisemitismus, das Christentum wurde als jüdische Ausgeburt bezeichnet. Der stärkste kulturelle Rückhalt der gegenwärtigen rechtsextremen neuheidnischen Strömung in Polen ist die Musikszene des Black Metal. Die Szene des sogenannten *Nationalsozialistischen Black Metal (NSBM)* ging aus der exzentrischen Melange von Satanismus und Neonazismus hervor; nach ihren Äquivalenten in den Ländern Westeuropas entdeckte auch sie den Neopaganismus. Einige Mitglieder von *Niklot*, die aus der Szene des *Nationalsozialistischen Black Metal* stammen, haben mit Mateusz Piskorski an der Spitze zeitweilig eine politische Basis in der Partei *Selbstverteidigung* gefunden.

Das Spektrum der extremen Rechten umfasst auch offen neonazistische Gruppen, die sich eng am westeuropäischen Modell ausrichten und die sich der Aushängeschilder internationaler Nazi-Netzwerke wie *Blood and Honour* bedienen. Organisiert werden Konzerte, die die Nazi-Ideologie verbreiten, und neben der Zusammenstellung einer Liste von Feinden, bekannt unter dem Begriff *Redwatch*, wird mit Partnern im Ausland zusammengearbeitet.

Orientierungen und Narrationen des polnischen Rechtsextremismus

Wie schon ausgeführt, beruft sich die Mehrheit der aktuellen polnischen Strömungen der extremen Rechten auf die Tradition der national-radikalen und national-demokratischen (*Endecja*) Bewegungen der Vorkriegszeit. Diese Tradition wird häufig als grundsätzlich verschieden vom Faschismus dargestellt, insbesondere von der deutschen Ideologie des Nationalsozialismus. Bei näherer Analyse wird jedoch deutlich, dass derlei Differenzierungen häufig rhetorischer Art sind und dem Versuch entspringen, ungünstige historische Assoziationen mit dem Nationalsozialismus zu vermeiden. Gleichzeitig ist aber die Ideologie der polnischen Rechtsextremen häufig totalitären, antidemokratischen Charakters, ähnlich wie bei neofaschistischen Bewegungen in anderen Ländern. Insbesondere die rechtsextreme Subkultur, die auf die junge Generation einwirkt, bedient sich internationaler Codes und Symbole der europäischen und nordamerikanischen extremen Rechten.

Die zugrundeliegende politische Identität der verschiedenen Richtungen der extremen Rechten beruht

auf der Idee einer homogenen Nation, wobei grundsätzliche Werte der Demokratie und des Pluralismus abgewiesen werden. Auch wenn sich die rechtsextremistischen Gruppen gewöhnlich auf einen katholischen Fundamentalismus berufen und sich nur die Minderheit zur neuheidnischen Tradition bekennt, stellen diese Unterschiede kein Hindernis für die Zusammenarbeit zwischen beiden Strömungen dar. Die scheinbar unüberbrückbaren religiösen Unterschiede treten vor der ideologischen Gemeinschaft einer anderen Ordnung zurück, die sich auf extremen Nationalismus und Feindseligkeit gegenüber der Demokratie stützt. Den religiösen Verlautbarungen fehlt gewöhnlich die theologische Motivation. Sie dienen vielmehr der Markierung einer ethnischen Identität, insbesondere gegenüber Minderheiten.

Die rechtsextreme Ideologie geht mit stark traditionellen Ansichten über Familie und Geschlechterrollen einher (zur Einstellung gegenüber Lebenspartnerschaften vgl. Grafiken 4 und 5). So war die Namenswahl der nationalistischen Partei *Liga der Polnischen Familien*, die im letzten Jahrzehnt die größten Erfolge vorweisen konnte, keineswegs zufällig. Trotz einer deutlich antifeministischen Einstellung können die polnischen rechten Bewegungen manches Mal mit der Unterstützung von Seiten der Frauen rechnen. Ein Beispiel bietet hier die *LPR*: Die Partei hatte in den Jahren 2001–2005 den höchsten Frauenanteil unter allen Parlamentsfraktionen. Ein Teilaspekt der Erklärung mag die stärkere Religiosität älterer Frauen sein, die einen großen Teil der Hörerschaft des Senders *Radio Maryja* darstellen. In diesen Zusammenhang gehört des Weiteren die Politisierung des Phänomens der Homosexualität (zur Einstellung gegenüber Homosexualität vgl. Grafik 3). Die aggressive Homophobie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts wurde einer der roten Fäden in der Propaganda der extremen Rechten.

Es ist bereits Tradition, dass die extreme Rechte in Geschichtsdebatten aktiv wird, vor allem dann, wenn die nationalistische historische Narration in Frage gestellt wird. Rechte Gruppierungen und ihre führenden Köpfe nehmen häufig an symbolischen Konflikten wie der Kontroverse um das Pogrom in Jedwabne teil.

In Folge der strukturellen Probleme der polnischen Gesellschaft, wozu auch die Sorge über den Zustand der globalen Wirtschaft gehört, wird der Rechtsextremismus stärker. Gleichzeitig werden die Gestalt und die Stärke des Extremismus in großem Maße von den herrschenden kulturellen Bedingungen bestimmt. Dem kulturellen Kontext kommt eine Schlüsselbedeutung bei der Bestimmung der Grenzen dessen zu, was allgemein akzeptierte bzw. geächtete Formen sind, Wut auf die gesellschaftliche Situation auszudrücken. Die polni-

sche extreme Rechte konzentriert sich eindeutig stärker auf Themen der symbolischen Politik und der Identität als auf wirtschaftliche und soziale Fragen.

Obgleich die jüdische Gemeinschaft in Polen heute nicht groß ist, bleibt der Antisemitismus eines der Hauptelemente des gehässigen Diskurses der extremen Rechten. Weitere Gruppen, denen Abneigung entgegengebracht wird, sind Sinti und Roma und andere Minderheiten, aber auch Immigranten, darunter Muslime. Dabei muss jedoch festgehalten werden, dass die Mehrheit der Opfer extremistischer Gewalt in Polen nicht zu den immer noch nicht sehr zahlenstarken ethnischen Minderheiten gehört. Die Gewalt ist häufig gegen die politischen Gegner, gegen Anhänger alternativer Jugendkulturen usw. gerichtet. Die polnische extreme Rechte ist in ihren verschiedenen Ausprägungen häufig feindselig gegenüber der Europäischen Union eingestellt. Die Mehrheit verkörpert eine antideutsche Haltung, was der Tradition der polnischen nationalistischen Bewegung entspricht. Es gibt allerdings auch Strömungen, insbesondere offen neonazistische Gruppen, die einer Zusammenarbeit mit entsprechenden deutschen Gruppierungen eher positiv gegenüberstehen. Das Buch des rechten Journalisten Piotr Zychowicz, *Pakt Ribbentrop-Beck* (dt. Der Ribbentrop-Beck-Pakt), erschienen 2012, bricht ein Tabu, indem es die polnische Außenpolitik des Jahres 1939 dahin gehend kritisiert, dass kein Bündnis mit Hitler-Deutschland gegen die Sowjetunion geschlossen worden ist. Dieses Buch wurde von einflussreichen Personen der rechten Szene öffentlich gewürdigt.

Eine antirussische Haltung, häufig mit antikommunistischer Rhetorik verbunden, ist in der polnischen Rechten ebenfalls weit verbreitet. In den letzten Jahren wurde sie häufig von Verschwörungstheorien über die Flugzeugkatastrophe von Smolensk im Jahr 2010 begleitet. Jedoch ist nicht die gesamte extreme Rechte antirussisch eingestellt. Die nationaldemokratische Tradition der Zwischenkriegszeit enthält wesentliche prorussische Elemente, die in manchen Zweigen der heutigen extremen Rechten immer noch lebendig sind. Dies gilt auch für die slawophilen Neuheiden, von denen viele eine Verständigung mit der russischen extremen Rechten finden.

Es sind nicht viele soziologische Daten zu den Anhängern der aktuellen extremen Rechten in Polen zugänglich. Allerdings lässt sich die gesellschaftliche Basis der polnischen extremen Rechten teilweise auf der Grundlage von soziologischen Untersuchungen der *LPR*-Wählerschaft von vor einigen Jahren charakterisieren. Die Partei wurde vor allem in den Woiwodschaften in Ost- und Südpolen unterstützt und dort in ländlichen Gebieten, wo eine enge Bindung an traditionelle religiöse Werte bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Rückständigkeit besteht. Ein deutlicher Teil der Wählerun-

terstützung ging von älteren Menschen aus, aber von Bedeutung waren auch Unterstützerguppen aus der nationalistisch eingestellten Jugend. Die Unterstützung für die Partei *Selbstverteidigung* war wiederum in größerem Maße von populistischem wirtschaftlichem und sozialem Protest motiviert und nicht von einer symbolischen radikal rechten Politik. Stärker ausgeprägt war diese in manchen nördlichen und westlichen Gebieten Polens.

Während viele ehemalige Anhänger von *Selbstverteidigung* generell von der Politik enttäuscht waren, wurde die gesellschaftliche Basis der *LPR* zum größeren Teil von *PiS* aufgesogen. Allgemein betrachtet, haben die Anhänger beider Parteien ihre Unterstützung in deutlichem Ausmaß der *PiS* und Jarosław Kaczyński übertragen. Bereits im Jahr 2005 haben 38 Prozent derjenigen, die 2001 *LPR* gewählt hatten, ihre Stimme *PiS* gegeben. Im Jahr 2007 und auch später stimmte ein noch größerer Anteil der ehemaligen Wähler von *LPR* und *Selbstverteidigung* für *PiS*, die gleichzeitig ihre alte Unterstützung von den gemäßigten städtischen Wählern zugunsten der Mitte-Rechts-Partei *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) verlor. Indem *PiS* auch die letzten »Liberalen« aus den eigenen Reihen abstieß, schob sie sich noch weiter nach rechts. Die Partei, die einmal als Partei der Mitte galt, nahm einen Platz am rechten Rand des politischen Spektrums ein. Nur von Zeit zu Zeit wendet sie sich in Richtung politische Mitte. *PiS* ist keine eindeutig extreme Partei, allerdings legitimierte sie den Anstieg extrem rechter Sympathien, indem sie sich auf radikale und populistische Weise auf eine nicht liberale Demokratie beruft.

Sozioökonomische Probleme sind ein günstiger Nährboden für rechtsextreme Ideologien, aber kulturelle Faktoren entscheiden über die Art und Weise, wie der gesellschaftliche Protest in Polen kanalisiert wird, der notorisch in die nationalistische Richtung geht. Nationalistische und populistische Tendenzen in der polnischen Politik sind demnach das Resultat ernstzunehmender sozial-ökonomischer Spannungen im Kontext einer Kultur, die die nationale Perspektive auf Kosten der sozialen priorisiert. Die Gewerkschaften erweisen sich als unfähig, mit diesem Problem fertig zu werden, insbesondere die Gewerkschaft *Solidarność* wird häufig zur Bühne für nationalistische Ansichten. Festzustellen ist, dass die Qualität der demokratischen Kultur in Polen viel zu wünschen übrig lässt, und die liberale Hegemonie, die die Diskussion demokratischer Werte meidet, paradoxerweise rechten Extremisten Raum geben kann. Die zunehmend konservative Position der polnischen katholischen Kirche, die durch die Entwicklung der radikalen gesellschaftlichen Bewegung um das fremdenfeindliche *Radio Maryja* illustriert wird, trägt in den

letzten Jahren zur Legitimierung der extremen Rechten und nationalistischer Tendenzen bei.

Der rechtsextreme Einfluss auf die Politik des *mainstream* ließ sich beispielsweise am 29. September 2012 in Warschau beobachten, als eine Demonstration mit 50.000 Teilnehmern unter dem Motto »Polen erwache!« stattfand, die gemeinsam von *PiS*, der Gewerkschaft *Solidarność* und der rechtsextremen Bewegung des *Radio Maryja* unter der Führung von Pater Tadeusz Rydzyk organisiert worden war. Hier fand eine Fusion verschiedener radikaler Botschaften statt.

Die Zahl der antisemitischen, rassistischen und extremistischen Internetseiten und -einträge ist in den letzten Jahren immens gestiegen. Trotz der Anstrengungen, dieses Problem zu bekämpfen, zum Beispiel mit der Aktion *Delete Racism*, bleibt diese Frage ungelöst. Ein anderer Ort, an dem rechtsextreme Tendenzen in großem Maße hervortreten, sind die polnischen Fußballstadien. Extremistische Gruppen gewinnen ihre Kraft häufig aus den antisemitischen und rassistischen Subkulturen, die teilweise Stadien und Fanklubs dominieren. Die Fußball Europameisterschaft EURO 2012, die in Polen und der Ukraine stattfand, trug zu einer gewissen Verbesserung der Situation bei, u. a. mit Hilfe der antirassistischen Kampagne *Respect Diversity – Football Unites* und der Aktion »Kicken wir den Rassismus aus den Stadien!« (poln.: *Wykopmy rasizm ze stadionów*), allerdings bleibt das Problem weiter tief verwurzelt bestehen.

Gegenmaßnahmen

Rechtliche Reaktionen auf die Aktivitäten rassistischer und extremistischer Gruppen von Seiten des Staatsapparates sind bisher selten. Trotz hierfür bestehender Bestimmungen, angefangen mit Artikel 13 der Verfassung, erwies sich ihre Anwendung als schwach und wurde häufig kritisiert. Außer der genannten Abteilung von *ONR* in Brieg wurde keine extremistische Organisation verboten. Die Initiative eines Warschauer Gerichtes, *NOP* für illegal zu erklären, wurde im Jahr 2011 vom Verfassungsgericht aus formalen Gründen abgelehnt. Gleichzeitig bleibt die Zahl der Fälle von Gewalt und Verbrechen aus (Rassen-)Hass oder Vorurteilen relativ hoch. Über 600 rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Fälle von Hasskriminalität, die von der extremen Rechten begangen worden sind, nennt das »Braunbuch 2011–2012« (poln. *Brunatna Księga 2011–2012*), das von Marcin Kornak verfasst, von dem Verein »Nie Wieder« (*Stowarzyszenie »Nigdy Więcej«*) Anfang 2012 veröffentlicht wurde (siehe Grafik 1, S. 8). Der Verein »Nie Wieder« ruft auch die polnische Politik auf, eine Konvention zur Bekämpfung des Rassismus zu ratifizieren (<http://petycja.nigdywiecej.org>). Polen hatte das Protokoll

bereits im Jahr 2003 unterzeichnet, aber das Dokument bisher noch nicht ratifiziert.

Gleichzeitig muss darauf hingewiesen werden, dass die Interventionen von Seiten unabhängiger Medien und Bürgergesellschaft eine wichtige, positive Rolle dabei spielen, die gesellschaftliche Akzeptanz für rechtsextreme Tendenzen in der polnischen Gesellschaft zu beschränken. Beispielweise spielten sie eine Schlüsselrolle bei der Herausbildung eines gesellschaftlichen Bewusstseins, was zur Wahlniederlage der extremen Rechten im Jahr 2007 geführt hat, und dies, obwohl von institutioneller Seite wie der Europäischen Union eher weniger Solidarität kam. Parallel zum Anwachsen der extremen Rechten seit Ende der 1990er Jahre baute

die antifaschistische und Antidiskriminierungsbewegung ihre eigene Legitimation sowie ihre Unterstützung von Seiten der Gesellschaft aus. Die Musikkampagne »Musik gegen Rassismus« (poln.: *Muzyka przeciwko rasizmowi*) ist hier ein gelungenes Beispiel. Im Ergebnis muss die extreme Rechte mit einer abwechslungsreichen und vielseitigen Gegenbewegung rechnen.

Anm.: Der Text ist die überarbeitete und aktualisierte Version des Artikels »Prawicowy ekstremizm w Polsce« (Oktober 2012), der bei der Friedrich Ebert Stiftung erschienen ist (http://www.feswar.org.pl/fes2009/pdf_doc/Prawicowy_ekstremizm_w_Polsce.pdf).

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. hab. Rafał Pankowski ist stellvertretender Chefredakteur des Magazins *Nigdy Więcej* und Professor am Collegium Civitas in Warschau.

DOKUMENTATION

Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski – NOP)

Programmatische Grundsätze

Als im Jahr 1989 eine gewisse Etappe in der neuesten Geschichte Polens, umgangssprachlich als »realer Sozialismus« bezeichnet, endete, schien der über 50-jährige Kampf um das Recht auf ein normales und würdiges Leben mit Erfolg gekrönt. Allerdings erwies sich der Pseudoumbruch als Trugbild. Die Vereinbarung, die zwischen dem Apparat der kommunistischen Partei und dem Teil der Opposition, der sich aus den Reihen dieser Partei herausgebildet hatte, getroffen wurde, führte kaum zu einer Erweiterung der Basis der regierenden politischen Mafia. Man vollzog einen raffinierten Namenswechsel: Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei verschwand, an ihrer Stelle aber wurden die Gruppierungen der »Linken« und der »Rechten« eingesetzt, die gemeinsam eine enge und abgeschlossene politische Kaste bilden. Das Wesen des Systems blieb jedoch dasselbe – man erhielt die strikte und unantastbare Trennung der mehrere Millionen umfassenden »Masse« von der von ihr profitierenden begrenzten Macht-»Elite« aufrecht.

Die *Nationale Wiedergeburt Polens* [NOP] ist eine neue politische Qualität, eine Form des bürgerlichen Protests gegenüber dem die Polen gefangennehmenden, bürokratisierten, demoliberalen [»demo« = »demokratisch« oder »Volks-« in Anlehnung an Volksrepublik, Anm. d. Übers.] Staat.

[...]

Die *Nationale Wiedergeburt Polens* [NOP] hat für sich als Hauptziel bestimmt, einen Neuen Staat aufzubauen – ein Land, dessen Hausherren seine Einwohner sind und nicht die korrumpierte, jedweder Kontrolle ledige politische Kaste. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: www.nop.org.pl/zasady-programowe (abgerufen am 13.09.2013).

Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997

Artikel 13

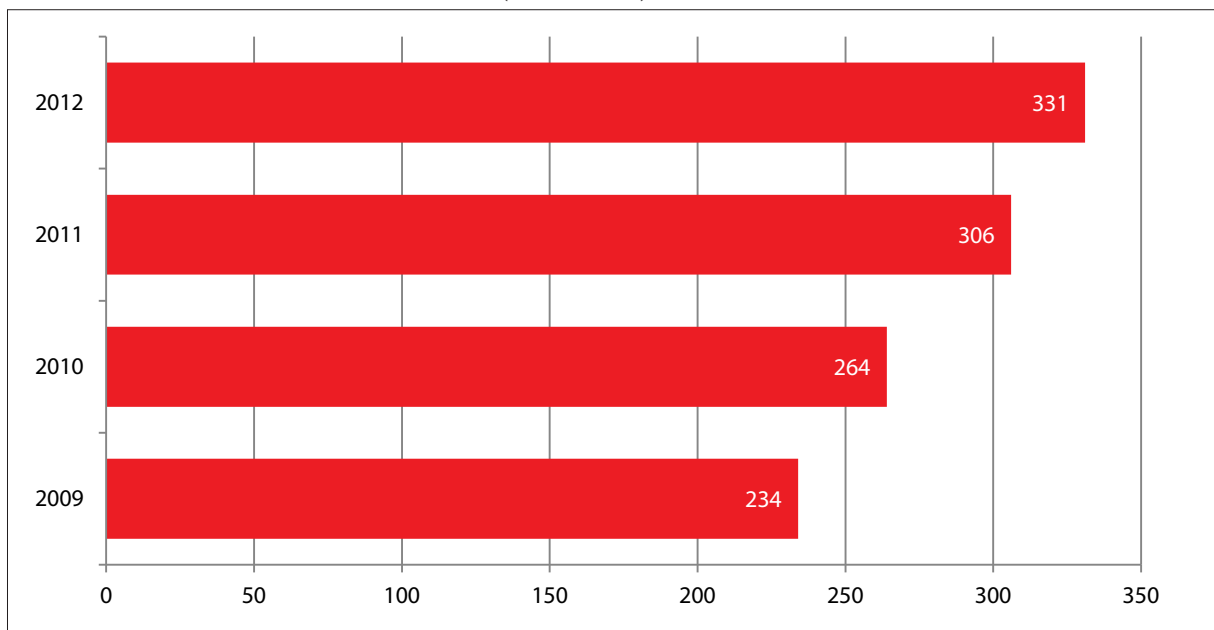
Verboten ist das Bestehen politischer Parteien und anderer Organisationen, die sich in ihren Programmen auf die totalitären Methoden und -Praktiken des Nazismus, Faschismus und Kommunismus berufen. Verboten ist auch das Bestehen solcher Parteien, deren Programm oder Tätigkeit Rassen- und Nationalitätenhaß, Gewalt zum Zweck der Machtübernahme oder Einflußausübung auf die Staatspolitik voraussetzt oder zuläßt oder das Verheimlichen von Strukturen oder Mitgliedschaft vorsieht.

Quelle: <http://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm> (abgerufen am 13.09.2013).

STATISTIK

Hasskriminalität

Grafik 1: Anzahl von Hassverbrechen (hate crime) in Polen

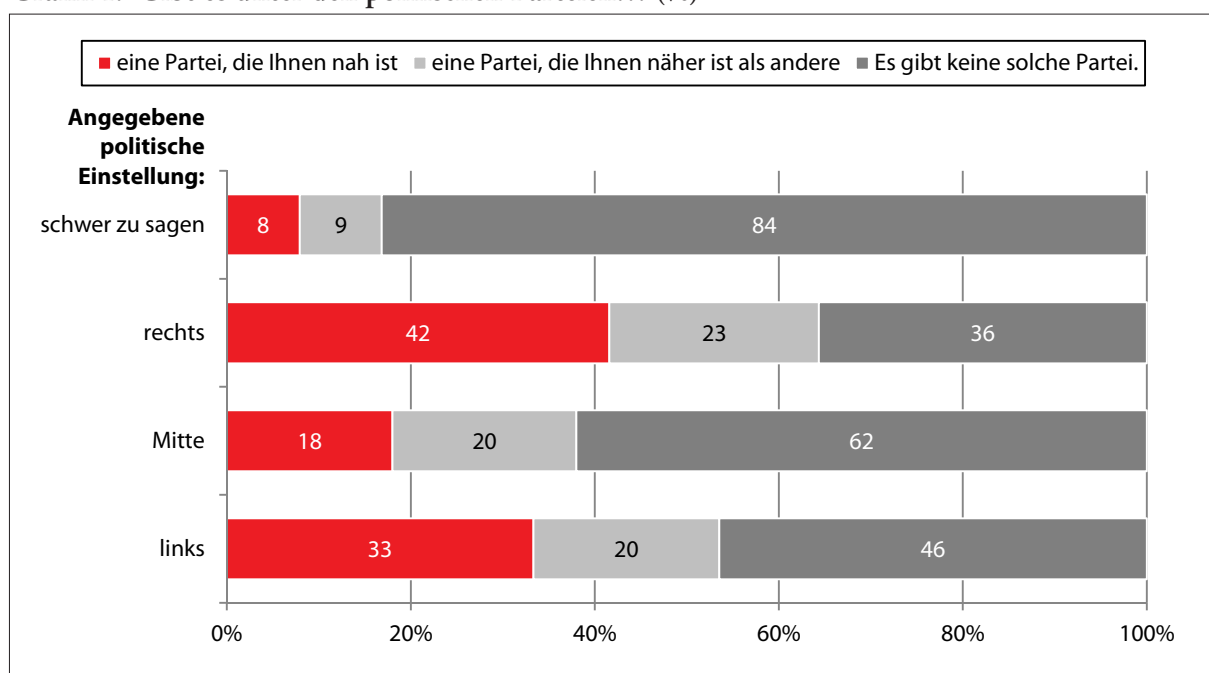


Quelle: Stowarzyszenie »Nigdy Więcej« [Verein »Nie Wieder«]: Brunatna Księga [Das Braunbuch]. www.nigdywiecej.org

UMFRAGE

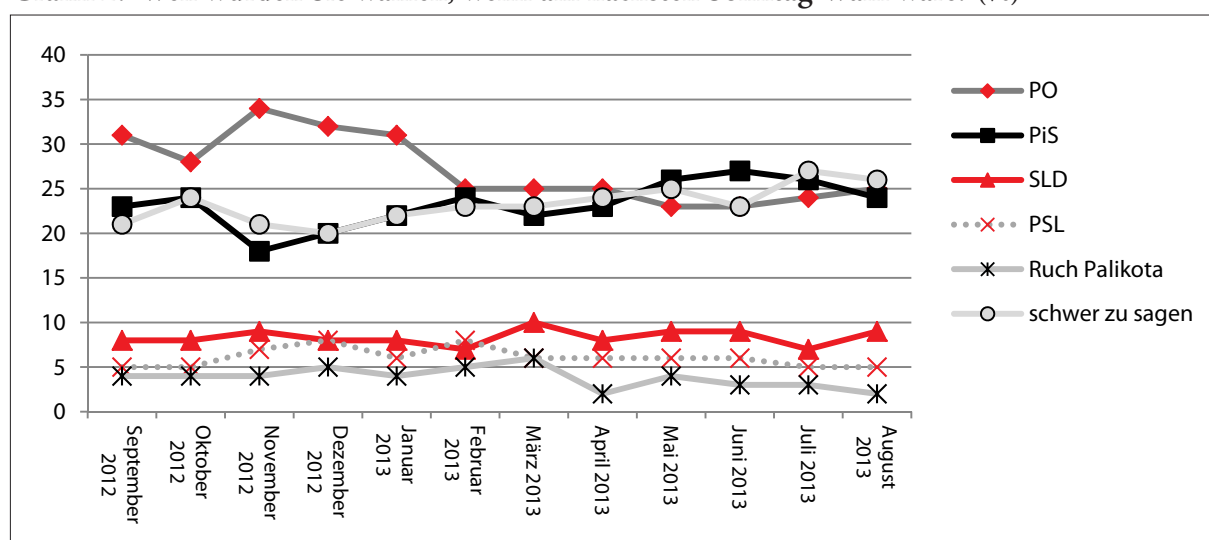
Allgemeine politische Einstellungen Haltung zu nichttraditionellen Partnerschaften

Grafik 1: Gibt es unter den polnischen Parteien... (%)



Quelle: CBOS BS/26/2013 O postępującej alienacji partii politycznych [Über die fortschreitende Entfremdung der Parteien]. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 2: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre? (%)



Anm.: Parteien, die zumindest zeitweise die 5%-Hürde erreichen würden; berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angegeben haben, zur Wahl gehen zu wollen.

Quelle: CBOS BS/112/2013 Preferencje partyjne w sierpniu [Parteipräferenzen im August]. Warszawa 08/2013. www.cbos.pl
 PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Ruch Palikota/Palikota-Bewegung

Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre? (%)

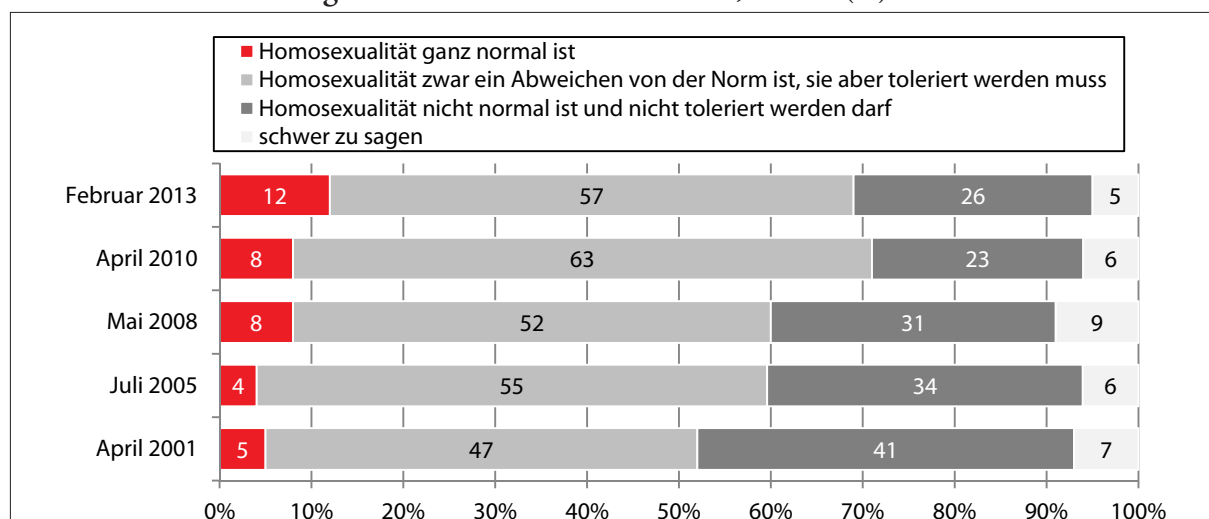
	09/2012	10/2012	11/2012	12/2012	01/2013	02/2013	03/2013	04/2013	05/2013	06/2013	07/2013	08/2013
PO	31	28	34	32	31	25	25	25	23	23	24	25
PiS	23	24	18	20	22	24	22	23	26	27	26	24
SLD	8	8	9	8	8	7	10	8	9	9	7	9
PSL	5	5	7	8	6	8	6	6	6	6	5	5
Ruch Palikota	4	4	4	5	4	5	6	2	4	3	3	2
Nowa Prawica Janusza Korwina-Miekkiego	1	1	2	2	2	2	4	2	2	2	2	2
Solidarna Polska	3	3	3	1	3	3	1	3	2	2	1	2
PJN	2	0	1	1	1	2	1	1	1	1	1	1
PPP	0	1	0	0	1	0	1	1	1	1	0	0
Prawica Rzeczypospolitej	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
andere	1	2	1	2	1	1	2	3	1	3	3	3
schwer zu sagen	21	24	21	20	22	23	23	24	25	23	27	26

Anm.: Berücksichtigt wurden die Antworten derer, die angaben, zur Wahl gehen zu wollen.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Ruch Palikota/Palikot-Bewegung; Nowa Prawica Janusza Korwin-Miekkiego – Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke; Solidarna Polska Zbigniewa Ziobry – Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro; PJN – Polska Jest Najważniejsza/Polen ist am Wichtigsten; PPP – Polska Partia Pracy/Polnische Arbeitspartei; Prawica Rzeczypospolitej – Rechte der Republik

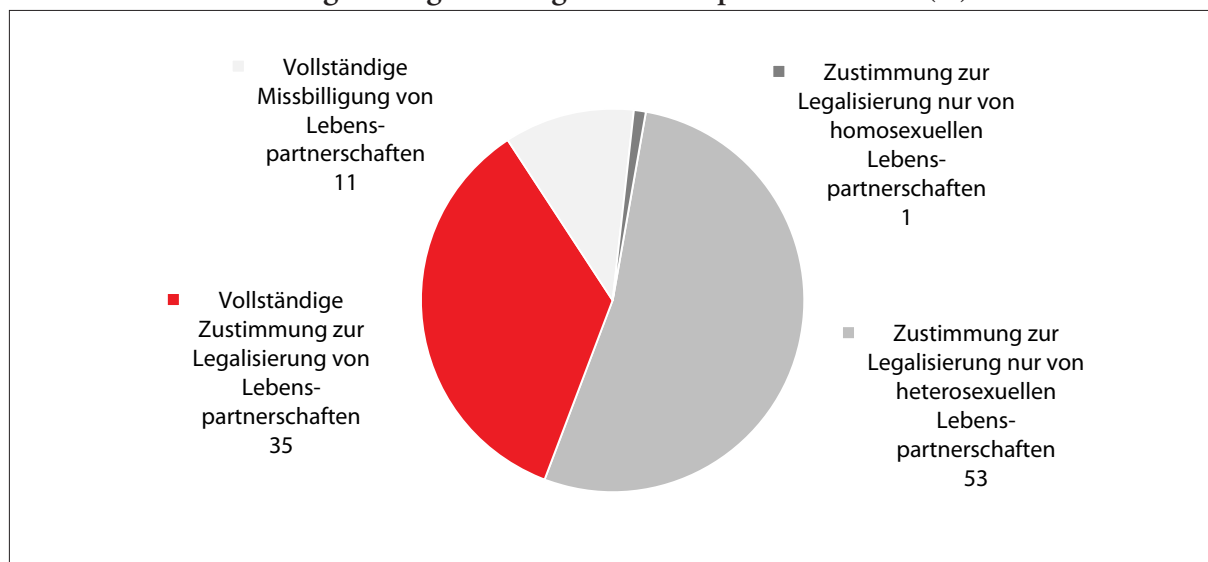
Quelle: CBOS BS/112/2013 Preferencje partyjne w sierpniu [Parteipräferenzen im August]. Warszawa 08/2013. www.cbos.pl

Grafik 3: Die Einstellung zu Homosexualität: Finden Sie, dass... (%)



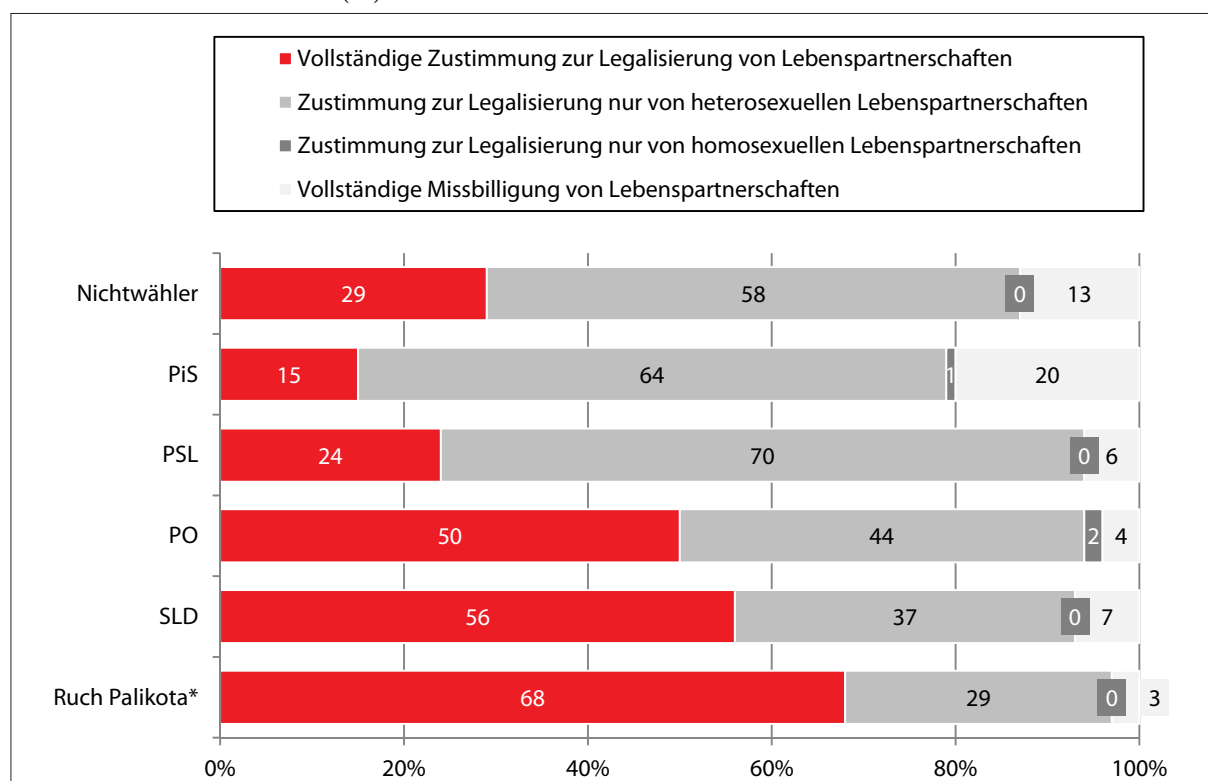
Quelle: CBOS BS/24/2013 Stosunek do praw gejów i lesbijek oraz związków partnerskich [Die Einstellung zu den Rechten von Schwulen und Lesben sowie zu Lebenspartnerschaften]. Warszawa 08/2013. www.cbos.pl

Grafik 4: Die Einstellung zur Legalisierung von Lebenspartnerschaften (%)



Quelle: CBOS BS/24/2013 Stosunek do praw gejów i lesbijek oraz związków partnerskich [Die Einstellung zu den Rechten von Schwulen und Lesben sowie zu Lebenspartnerschaften]. Warszawa 08/2013. www.cbos.pl

Grafik 5: Die Einstellung zur Legalisierung von Lebenspartnerschaften nach potentiellen Wählerschaften(%)



*Geringe Anzahl der Wählerschaft in der Befragung

Quelle: CBOS BS/24/2013 Stosunek do praw gejów i lesbijek oraz związków partnerskich [Die Einstellung zu den Rechten von Schwulen und Lesben sowie zu Lebenspartnerschaften]. Warszawa 08/2013. www.cbos.pl

Vom 3. bis zum 16. September 2013

03.09.2013	Ministerpräsident Donald Tusk eröffnet in Krynica Zdrój (Südpolen) das XXIII. Wirtschaftsforum, das unter dem Thema »Perspektiven einer neuen Ordnung« steht. Erwartet werden 2.500 internationale Gäste aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Tusk kündigt für die Zeit nach der Wirtschaftskrise ein Wirtschaftsprogramm an, das u. a. ein einfacheres Steuersystem ab 2016 vorsieht. Im Herbst soll eine programmatische Offensive starten.
04.09.2013	Ministerpräsident Donald Tusk stellt die Reform des Rentensystems vor. Alle Anleihen des kapitalbildenden Offenen Rentenfonds (Otwarty Fundusz Emerytalny – OFE) sollen der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS) übertragen werden, der OFE soll künftig nur noch in Aktien investieren können. Ziel der Reform ist es, die Staatsverschuldung zu senken.
05.09.2013	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński gibt bekannt, dass er dem Koalitionspartner Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) eine strukturelle Regierungsumbildung vorschlagen wird . U. a. werde er die Auflösung der Ressorts Verwaltung und Digitalisierung, Sport und Tourismus und des Schatzministeriums vorschlagen sowie die Neubildung eines Ministeriums für Energie und Umwelt. Der Ressortbereich Tourismus soll u. a. in das Wirtschaftsministerium integriert werden.
06.09.2013	Ministerpräsident Donald Tusk lehnt die Vorschläge von Wirtschaftsminister Janusz Piechociński zu einer Umstrukturierung der Ministerien ab. Piechociński habe dies weder bei der Kabinettsberatung noch in Koalitionsgesprächen vorgeschlagen, so dass er dies als Wunschdenken Piechocińskis werte, sagt Tusk nach der Kabinettsitzung.
07.09.2013	Am Rande eines Gesprächs mit dem Ministerpräsidenten von Georgien, Bidsina Iwanischwili, in Riga (Lettland) gibt Außenminister Radosław Sikorski bekannt, dass Polen Wahlbeobachter zur Präsidentenwahl in Georgien im Oktober entsenden wird. Er stellt in Aussicht, dass Georgien 2014 ein Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnen könne.
08.09.2013	Bei den Nachwahlen für den Senat der Republik Polen in der Woiwodschaft Vorkarpaten (woj. podkarpackie) gewinnt der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Zdzisław Pupa, mit knapp 61 % der Stimmen. Der gemeinsame Kandidat der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Mariusz Kawa, erhält 21 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung beträgt knapp 16%.
09.09.2013	Der Sejm-Abgeordnete Jarosław Gowin tritt aus der Partei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) aus. Gowin war bei der Wahl des PO-Parteivorsitzenden gegen Ministerpräsident Donald Tusk Mitte August unterlegen.
10.09.2013	Nach Angaben des Schatzministeriums wird sich der Bau des Flüssiggasterminals in Swinemünde (Świnoujście) um ein halbes Jahr verlängern. Der Abschluss der Bauarbeiten ist für Dezember 2014 geplant.
11.09.2013	In Warschau beginnen die angekündigten viertägigen Proteste der drei großen Gewerkschaften OPZZ, Solidarność und FZZ mit zirka 23.000 Teilnehmern . Eine der Hauptforderungen ist die Rücknahme der Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie der Erhöhung des Renteneintrittsalters .
12.09.2013	Der Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) Jacek Żalka tritt aus der PO aus. Die Regierungskoalition aus PO und Polnischer Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) verfügt damit über 232 Stimmen im Sejm, eine Stimme mehr als für die parlamentarische Mehrheit erforderlich.
13.09.2013	Der stellvertretende EU-Parlamentspräsident Jacek Protasiewicz fordert EU-Kommissionspräsident Manuel José Barroso und die litauische Ratspräsidentschaft auf, beim Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu unterzeichnen. Es sei die Pflicht der EU, die Länder der Östlichen Partnerschaft zu schützen. Hintergrund sind die Drohungen Russlands, die Ukraine mit Wirtschaftssanktionen zu belegen, sollte sie nicht der Zollunion von Russland, Kasachstan und Belarus beitreten.
14.09.2013	Zum Abschluss der viertägigen friedlichen Protestveranstaltungen der drei großen Gewerkschaften, OPZZ, Solidarność und FZZ, in Warschau versammeln sich nach Angaben der Stadt Warschau zirka 100.000 Teilnehmer . Die Veranstalter sprechen von zirka 200.000 Teilnehmern. Piotr Duda, Vorsitzender der Solidarność, ruft zu einer Unterschriftenaktion auf, mit dem Ziel, das Parlament aufzulösen. Der Vorsitzende der OPZZ, Jan Guz, fordert die Regierung auf, auf die Forderungen der Gewerkschaften zu reagieren, andernfalls werde das ganze Land blockiert. Die Kritik der Gewerkschaften richtet sich u. a. gegen die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Heraufsetzung des Rentenalters.

15.09.2013	Arbeitsminister Władysław Kosiniak-Kamysz fordert die Gewerkschaften nach den viertägigen Protesten in Warschau auf, in die sogenannte Dreiseitige Kommission, bestehend aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, zurückzukehren. Die Gewerkschaften hatten diese Ende Juni mit der Begründung verlassen, dass die Gesprächspartner gegen die Gewerkschaften koalieren würden. Die nächste Sitzung soll Ende des Monats stattfinden.
16.09.2013	In Wilna (Litauen) unterzeichnen die Transportminister von Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen eine Erklärung zur »Rail Baltica«, einer Eisenbahnverbindung zwischen Warschau, Kaunas, Riga, Tallinn und Helsinki. Dies sei ein wichtiger Schritt zu einer intensiveren Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten. Das Projekt soll in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2013 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen